

## Die neue Umsatzsteuer

steht in ihren Einzelbestimmungen u. a. vor: Eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer auf 1 1/2 v. H. Dieser Steuer unterliegen nach § 1 des Gesetzes die Lieferungen und Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit im Inland gegen Entgelt ausführt. Als gewerbliche Tätigkeit gelten auch die Herstellung und der Handel. Diese Steuer belastet jede Umlage vom Rohstoff über das Halbfabrikat zum Fertigfabrikat und vom Fabrikanten über den Händler bis zum Verbraucher. Es handelt sich also um eine Konsumsteuer, die bis zu einem gewissen Grade als Kopfsteuer wirkt und dann auch die breiten Massen des Volkes infolge ihrer Belastung, als alle Lebensmittel mitgetroffen werden. Aus diesem Grunde ist durch den Ausschuss in § 13a neu eingefügt worden, wonach aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer demjenigen, dessen jährliches Gesamteinkommen 5000 M. nicht übersteigt, eine Vergütung gewährt wird, wenn er mehr als ein Kind unter 16 Jahren versorgt. Die Vergütung beträgt bei einem Einkommen

|                               |       |
|-------------------------------|-------|
| von nicht mehr als 3000 M.    | 40 M. |
| von mehr als 3000 bis 4000 M. | 30 M. |
| von mehr als 4000 bis 5000 M. | 20 M. |

Die Beiträge werden dem Antragsteller für jede zur Vergütung Anlass gebende Person gewährt. Bei mehr als zwei solcher Personen erhöhen sich die Beiträge um 50 v. H. Bestreitet der Antragsteller seinen Lebensunterhalt überwiegend aus den Erzeugnissen eines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes, so ermäßigt sich die Vergütung auf die Hälfte.

In die allgemeine Umsatzsteuer eingeschlossen sind auch nach dem Wortlaut des § 1 (Lieferungen und Leistungen) die freien Dienste, die Schriftsteller, Ärzte, Rechtsanwälte, selbständige Handelsvertreter (Agenten, Makler) usw. Da die Steuer nach § 12 des Gesetzes nicht gesondert in Rechnung gestellt werden darf, ergab sich bei Rechtsanwälten und Ärzten die Schwierigkeit, daß sie bei gesetzlich bestimmten Gebühren die Steuer nicht abwälzen können. Für diesen Fall ist deshalb eine Ausnahme zugelassen worden, daß die Steuer besonders berechnet werden darf, aber nur für den Fall, daß tatsächlich eine Berechnung des Entgelts nach den festen Gebührenätzen stattfindet. Im Ausschuss gab der Regierungsvorsteher noch die Erklärung ab, in den Ausführungsbestimmungen werde dafür Sorge getragen werden, daß durchlaufende, Posten, also Auslagen und dergleichen, nicht einbezogen werden, mit Ausnahme der Auslagen für Porto, die vielmehr ebenso wie die anderen Gebühren der Besteuerung zugrunde zu legen sind.

Die Umsatzsteuer, die in dem Gesetz ein besonderes Kapitel bildet, ist im Ausschuss von 10 auf 15 v. H. erhöht worden; sie ist (im Gegensatz zur allgemeinen Umsatzsteuer) vom Hersteller zu tragen, wird also von diesem in den Verkaufspreis einbezogen. Was als Zuzugsgegenstände im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist, darüber ist in § 15 eine über acht Seiten lange Liste aufgestellt, die das Ergebnis langwieriger Verhandlungen mit den verschiedenartigen Interessenten darstellt, und auf deren Einzelheiten man hier nicht eingehen kann. Im wesentlichen handelt es sich unter gewissen Voraussetzungen um Gegenstände aus Edelmetallen oder solche aus unedlen Stoffen, die mit Platin, Gold oder Silber belegt sind, um Halbedelsteine oder deren Nachahmungen, um Gegenstände aus Kupfer, Zinn oder Nickel, Kunstguss, Kunstschmiedearbeiten, Keramik, Steinzeug, Porzellan, Spiegel, oder Tafelglas, feine Leder-, Holz- und Korbmöbel, Bildwerke, photographische Apparate, Handwaffen, Musikinstrumente, Billard-, Fahrzeuge für Feuerschutz- und Sportzwecke, zugerichtete Felle für feines Bekleidungs- oder Schmuckzwecke, Gebrauchsgegenstände, Spazierstöcke und dergleichen, gewisse Arten Puppen und Stand-, Tisch- und Wanduhren, näher bestimmte Beleuchtungsgegenstände, Leuchtpipe, Wandbeleuchtungen, gewisse Koffer und Reiseutensilien, Korsetts, Bänder aus Seide, Halbfelle, Bartha, Damast, künstliche Oberbekleidung, Hüte, Decken, Affen, Porzellan und dergleichen. Daneben läuft eine gleich hohe Umsatzsteuer auf die Lieferung bestimmter Zuzugsgegenstände im Kleinhandel für Edelmetalle sowie Gegenstände des Juweliergewerbes oder der Gold- und Silberschmiedekunst, für Originalwerte der Bildhauerei, doch sind Künstler-Steinzeichnungen steuerfrei, sofern es nicht Vorzugsurteile auf bestem Papier sind. Dazu treten Antiquitäten, Blumengebilde im Werte von mehr als 30 M. Einbezogen in das Umsatzsteuergesetz ist noch eine sogenannte Hotelsteuer in Höhe von 10 v. H., d. h. auf die Gewährung eingerichteter Schlaf- oder Wohnräume in Gasthöfen, Pen-

sionen und Privathäusern zu vorübergehendem Aufenthalt, wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 5 M. oder mehr beträgt; ferner die Depoststeuer in gleicher Höhe für Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren und dergleichen.

Viel umstritten war die Anzeigen- und Reklamesteuer, die mit der Umsatzsteuer verknüpft worden ist, und die grundsätzlich 10 v. H. beträgt. Hier wird jedoch auf Grund eines besonderen Tarifsystems ein Nachlass gewährt, sobald die Jahreseinnahmen aus Anzeigen weniger als eine Million Mark ausmachen. Von der Reklamesteuer getroffen wird nicht nur die Ueberlassung von Plätzen und Räumen zur Aufnahme von Anzeigen (Plakaten usw.), sondern auch die Vornahme von Aufhängungen auf andere Weise, z. B. durch Beleuchtung, Umhertragen von Tafeln, Umherfahren von Reklamewagen, Auslegen.

Zur Umsatz- und Zuzugssteuer vertritt B. L. B. noch die folgende, auf deren Einführung am 1. Januar bezugnehmende Nachfrage: Für die allgemeine, jetzt 1 1/2 Prozent betragende Umsatzsteuer kommt eine Veranlagung einzuwirken noch nicht in Frage; im Januar 1920 beginnt vielmehr zunächst die letzte Veranlagung der bisherigen Umsatzsteuer. Die Geschäftswelt wird sich jedoch bereits jetzt bei der Preisgestaltung auf den neuen Satz einzurichten haben. Unmittelbar bedeutungsvoll ist, daß die auf 15 Prozent bemessene Zuzugssteuer mit wenigen Ausnahmen nicht mehr im Kleinhandel, sondern beim Hersteller zu entrichten ist. Fabrikanten und sonstige Hersteller werden sich daher so schnell wie möglich mit der neuen Zuzugssteuerliste in § 15 des Gesetzes und der für sie entstehenden Verpflichtung zur Führung eines Lager- und eines Steuerbuches zu beschäftigen haben. Für die Ladenbesitzer der jetzt beim Hersteller zuzugssteuerpflichtigen Gegenstände verbleibt es übrigens wegen der Bestände, die sie am 1. Januar 1920 an Zuzugsgegenständen noch haben, auch im neuen Kalenderjahr bei der bisherigen Zuzugssteuerpflicht von 10 Prozent. — Im Gesetz ist eine vorläufige Ausführungsanweisung erlassen worden.

## Spieglein, Spieglein an der Wand — ! Wie sich Herr Solban erniedrigt

Herr Rechtsanwalt Hans Solban, der „deutsche Mann“ der Deutschen Volkspartei, hat seit der Revolution sein „Spieglein“ der über ihn erdichteten, Trochsen die Mainzer „Wacht“, das Organ der biesigen deutschen Volkspartei, vor kurzem fertig, daß die „Köln. Ztg.“ oft anderer Auffassung sei als die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, acht Herr Solban doch an diese Zeitung und legt dort in einem „Wort an die Parteimitglieder“ überlieferten Artikel seine Gesinnung nieder in der bewußten Absicht, der jetzigen Regierung einen Dolchstoß zu versetzen. Trochsen in Mainz das „Mainzer Tagblatt“ als nationalliberales Organ kritisiert, suchte sich Herr Solban die „Köln. Ztg.“ heraus. Wir nehmen nicht an, daß letzterer glaubt, dort seinen persönlichen Ehrgeiz, aber getrieben zu sein, vielmehr wird für ihn die Wagn

**Wunderkinder sind, die Herr Solban mit den Schiebern** auf eine Stufe stellt, wie auch die „höheren“ Angehörigen phantastische Gebilde. Das ist niedriger. Ein deutscher Volksparteiler Beigeordneter oder sonst ein unangenehmer Geist, dann ist über allen Dingen die Arbeit gegen die Arbeiterführer auszuüben. Das ist der Dant, das ist die Geldsack-Menschen die Volkspartei vom Verleihen. — Keider!

Von den hohen Rechtsanwaltskosten, die so mancher Rechtsanwalt seinem armen Klienten abnimmt, trotzdem er obenhin den Prozess noch fahrlässig geführt, schreibt Herr Solban nichts.

Gegen das übertriebene Zigarettenrauchen haben wir selbst Stellung genommen, aber den deutschen Volksparteiler sprechen wir das Recht ab, die Arbeiter hierin zu schulmeistern und zwar aus bestimmten Gründen. Ein Intermezzo soll dies beleuchten. Der Geschäftsführer der Chaboso-Gesellschaft, Herr Büchler, schmückte in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei auch gegen das Zigarettenrauchen los. Derweilen passierte aber der gute Mann nicht seinem „lieben Söhnchen“ den ganzen Abend ohne Unterbrechung. Wer so tut, hat das Recht denkwürdigen anderen Moral zu predigen.

Wenn Herr Solban weiter meint, die sozialdemokratischen Volksparteiler hätten noch keinen schöpferischen Gedanken gebracht, obwohl sie wie kaum ein anderer Volksparteiler tabula rasa vor sich hatten, und dann weiter hinzufügt, daß die jetzige Regierung für die Kinderherbergschuld verantwortlich sei, so wäre die beste Antwort auf solche teufelische Demagogie die, daß sich die so schmutzig angelegte Arbeiterpartei wie ein Mann erhebe und diesen schäbigen Tatsachenverbrechern ein Sodam und Gomorra bereite, daß man wirklich von einem tabula rasa gegenüber diesen Herrschaften sprechen könnte. Nicht der lange Krieg, nicht die Unfähigkeit der Hohenzollern, nicht die Verbrechen der tonangebenden Aldeutschen, der Vaterlandspartei und sonstiger Reaktionäre hat das Land über uns gebracht, sondern die gegenwärtige Regierung. (1) Sollte angesichts solcher Wästen Hege, womit man doch nur die Aufhebung nationaler Feindschaften bezwecken will, dies eines schönen Tages nicht anders aufgelöst und nachgeholt werden, was man am 9. November aus rein menschlichem Empfinden verzeihen darf? Jubelt man nicht zu früh?

Während des Krieges hat Herr Solban absolut nichts über Kinderherbergschuld und Volksverleumdung geschrieben, da hat der „große deutsche Mann“ an sicherem Ort „Siegesfeier“ gefeiert. Nichts sagt Herr Solban aber die traurigen, die Sterblichkeit fördernden Wohnungsverhältnisse, wo mitunter 13—15 Personen in einem Raum zusammengepauert müssen, während er selbst die größten Bequemlichkeiten hingibt. Nichts weiß Herr Solban aber die Hausbesitzer zu sagen, die heute noch anderen Familien ihre Wohnungen verweigern. Nichts weiß er auch über die Art und Weise seiner Kreise zu sagen, die bei Anstellung eines Hausgärtners, Kutschers usw. kinderlose Familien berücksichtigen. Ueberall eine Kinderfeindschaft, nur hier in diesem Fall, wo es um die Hege geht, eine geachtete Kinderfreundlichkeit. Das ganze Geschreibsel hat nur den einen Zweck, sich mit einer schäblichen Volksfreundlichkeit zu schmücken, um bei der kommenden Reichstagswahl das arme Volk von den Sünden der Aldeutschen abzulenkten.

In den Augen eines vornehm denkenden Menschen hat sich Herr Solban wirklich erniedrigt. Aus das eine danken wir ihm, er hat die Deutsche Volkspartei, die sich heute wieder in ausbreitender Weise in Empfindung bringt, in Wirklichkeit gelehrt — zum abschreckenden Beispiel vieler. Hätte Herr Solban geschwiegen, so wäre er ein Philosoph geblieben, und seine Unwissenheit auf diesem Gebiete wäre nicht zu Tage getreten; wie man aber auch auf seine Gemütsveranlagung und Wahrheitsliebe, seiner Herzensbildung und auf sein ganzes Wesen günstigere Schlüsse gezogen hätte.

## Aus der Umgebung

\* **Bestimmung der Miethöchstpreise für den Landkreis.** Die Frage der Miethöchstpreise bzw. der zulässigen Höchststeigerung soll jetzt für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden festgestellt werden, um eine Ausbeutung der Mieter zu verhindern. In dieser Sache soll vom Mieterausschuß am kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Paulinenschloß ein große öffentliche Kundgebung zwecks Aussprache hierüber und Bestimmung der Mieter der Landgemeinden, sowie eine Abstimmung erfolgen, welcher Höchstpreis für die geringen nötigen als zugebilligt werden kann. Weil damit für lange Zeit eine Regelung der Mietverhältnisse erfolgt, so ist die Sache für alle Mieter und Hausbesitzer, insbesondere für Handwerker, Selbstständige und die wertvolle Bevölkerung des Landkreises von höchster Wichtigkeit, ebenso, daß die Vertreter der Parteien jedes Ortes Delegierte zur allgemeinen Abstimmung und Stellungnahme mit entenden. Ueber die Mieter-Rechtsfragen wird am Saaleingang das Mieter-Rechtsauskunftsbüro des Mieterausschusses abgegeben. Die Behörden für Kreis- und Bezirk Wiesbaden, die Kreisdeputierten und Abgeordneten, die Bürgermeister und Gemeindevorsteher sind zu dieser Versammlung eingeladen, in der über die neuen gesetzlichen Bestimmungen und die Rechtslage für Mieter und Hausbesitzer aufgeklärt und von mehreren Rednern über die Lage kurz berichtet werden soll. Zahlreiches Erscheinen der Mieterkreise sowie der beauftragten Vertreter ist in ihrem eigenen Interesse zu fordern.

## Für Sonntags Morjends!

Montag, vom Glend verbannt zu sein, über das Glend zu schreiben! Der wenigen gewissenhaften und verlässlichen Menschen einer, denen man in diesen Zeiten noch begegnen kann, ist — der Casabdröcher. So kommt es, daß ich trotz Abkündigung bei Tag kaum mehr dazu komme, mich mit etwas anderem zu beschäftigen, als was mit dem Lebens-Rodriß direkt zusammenhängt.

So schreibt irgendein Rechner vom Badische Ländle, untermisch, was er do schreibt, hat ich die ganz Zeit über ach schon anzufragen, vor mit dem Unterschied, daß der Glend in Wiesbaden so groß ist, daß ich den „dunklen“ Empfinden im Gegensatz zu mein dachselb Leidensgenosse bis jetzt nicht einmal ein Papier hab' bringen könne. Des kommt aber bloß daher, weil's in Wiesbaden noch mehr gewissenhafte und verlässliche Menschen gibt, als do drinne. Zum Casabdröcher hat sich hier nämliche noch der Stromabdröcher gestellt, der offiziell zwar vom Hochwasser protegiert, in Wirklichkeit doch von kapitale Turbine im Elektrizitätswerk dirigiert wird.

Für die Dagestung bedeuete die Beide die „Meite“ um mit der Zeit Genickabdröcher. Wer sieht also, daß die Gewissenhafte doch für so groß Gewiss, Mode, Tag zwischend die Zeitungsmaschine die Puste aus, weil der Stromabdröcher sei! Mittagsplätzchen beendet hat un immer pünktlich ist. Au we! wenn du die Zeitung nicht fertiggedruckt ist!

So hat sich's neie Jahr mit grad gut bei uns e. geführt. 's Buch „1919“ war schon von der erste Zeit beginnend e. Tragödie un uff die leht Zeit Nr. 393, die mer gewöhnlich am Silbersternabend liest, hat gestanne „Fortsetzung folgt“. Do hat mer schon gar kein Mut gehabt, seine Leidensgenosse für den neie Jahr allerle gute Wünsche mit uff de Weg zu geben. Möglich, weil am Silbersternabend all's so nachtern war, daß sich de wüßige Duff von eme Glas aufstimmte. Rosenschneide uns um die Raselph schmecke könne, mancher hat sich dabei de Welt un die Zukunft in rosigem Licht erdelt. — als so. Aber ach so kann mer noch Opt mit sei, wenigstens in Bezug uff des fernere Wohlergehen unserer Vaterstadt Wiesbaden, denn jetzt habe mer zwäi Kerze in de städtisch Verwaltung. Wenn do die Verbesserung gibt, dann könne mer uns hängege löss.

\* **Gegen Ausbeutung der Mieter richtet sich die neue Miethöchstpreis-Bestimmung.** Danach ist in Stadt- und Landkreis Wiesbaden bis 15. Januar Höchstpreise für jede Gemeinde festzusetzen. Arbeiter und Handwerker sind schon lange schamlos von gewissen Hausbesitzern benachteiligt und ausgebeutet worden. Jede Lohn- und Mietsteigerung ist von jeher zu Miethöchstpreisen benützt. Man hat oft tagelang allein für die Miete kämpfen müssen. Mit Gehalt, die monatliche Miete zusammen zu bringen. Viele Familien haben für ihr Lächeln, die Wertscheide oder auch ein Stück Acker 100—300 Proz. mehr zahlen müssen, als vor dem Kriege. Das war glatter Diebstahl mit behördlicher Erlaubnis und erregte höchst Erbitterung, denn der Mieter war in seiner Notlage machtlos! Jetzt hat er mitzureden; wegen der Festsetzung der Höchstpreise wird für jede Gemeinde beschlossen; es lennt auf tüchtige Vertreter an. Darum müssen sich besonders die Genossen der Landkreise genau unterrichten und wo diejenigen der Stadt zur öffentlichen Kundgebung kommen. Es muß eine Demonstration der Massen gegen bisherige Ausbeutung durch bestimmte Hausbesitzer sein. Niemand sollte, der sieh!

\* **Bierstadt, 8. Jan. (Gemeindevorstellung)** Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Beigeordnete schwere Beschuldigungen gegen die hiesigen Kartoffelverkauferstellen. Es sehten hundert von Zentner Kartoffeln, die gewiß verworfen und verschoben seien. Von einem anwesenden Händler wird der Vorwurf sofort zurückgewiesen. Wenn tatsächlich ein Markt vorhanden sei, so sei dies aus Schwund, Entwegen usw. zurückzuführen; es sei ihm aber augenblicklich nicht möglich genaue Auskunft zu geben, da er die Anschuldigungen erst selbst prüfen müsse. Nach längerer Aussprache, in der noch andere Mißstände und Gerüchte in Bezug auf Lebensmittel und Kohlenverteilung vorgebracht wurden, wurde eine fünfgliedrige Untersuchungskommission gewählt, die aus den Herren Sternberger, Th. Bierbrauer, Herborn, Börner und Sulzbach besteht. — Die Ortszulage der beiden Lehrrenten wird um 100 Mk. erhöht. — Die Miete der Zemp (Beckmann) und Gemeinde beschäftigt schon wieder die Gemeindevorstellung, da Frau Zemp einen vollständig unannehmbaren Vertrag ausgestellt hat; er wurde einstimmig abgelehnt. Nun soll das Miteingangsamt einen Vertrag festsetzen. — Die Tagelöhne der Gemeindegewerkschaft werden erhöht und zwar auf 1.70 und 2 Mk. Ein alleinlebender Gemeindegewerkschaftler bekommt nur 1 Mk. Der Bürgermeister sagte, es sei besser, wenn man diesem Arbeitslosen und sonstige Naturalien gebe. — Eine lebhafte Aussprache rief die neuangeordnete Arbeitslosensteuer hervor. Von den Werten wird behauptet, die Befassung sei zu groß. Es wurde jedoch beschlossen, die Steuer in der jetzigen Fassung bestehen zu lassen. Da in letzter Zeit in den Tanzsälen mehr Kinder als Erwachsene sind, sollen die Wirt für diesen Mißstand haften gemacht werden. Unseres Erachtens gehören Kinder unter 16 Jahren nicht in die Tanzsäle bei den jetzigen anstößigen Tänzen und sonstigen sogenannten Befassungen. Aber es ist doch in erster Linie Sache der Eltern, die Kinder so zu erziehen, daß sie gar kein Verlangen nach derartigen Ausschweifungen haben. — Die Remise der Kommission wurde nach den Vorschlägen des Wahlschusses vorgenommen und legen sich die Kommissionen wie folgt zusammen: Finanzkommission: A. B. Bierbrauer, Wnter, Seeger, Liebig, Sulzbach, Th. Bierbrauer, Herborn, Volk und Richter. Verkehrskommission: Emmel, Heintz, Bierbrauer, Moritz, Schüller, C. Schmidt, L. Schmidt, Sternberger. Baukommission: Nibel, Korfner, Börner, Ehr. Bauer, Roth, A. Schreiner und Moritz. Wohnungskommission: Wittenbach, Schüller, Liebig, v. d. Ropp, Selt. Kremer. Kohlenkommission: Richter, Börner, Schreiner, Meyler und Th. Bierbrauer. Lebensmittelkommission: L. Schmidt, Sulzbach, Roth, Frau Giegrich, Frau Bierbrauer, A. Bauer, Knopp, C. Schmidt, Hammel v. d. Ropp. Erwerbslosenkommission: Foll, Hammel, A. Bach als Arbeitsnehmer, L. Wittenbach, A. Bach und L. Moritz als Arbeitsgeber. — Die letzten Wähler sind an die Gemeinde wegen Vermögensverhältnisse herangezogen, da sie sonst nicht mehr hätten könnten. Es wird versucht, Kirschenholz von auswärtig zu bekommen.

\* **Sonnenberg, 8. Jan. (Gemeindevorstellung)** Die vorgeschlagene Gemeindevorstellung stimmten der Verlegung von Punkt 1. Anfertigung einer Gemeindevorstellung, zu, ebenso dem Vorschlag des Gemeindevorstandes zur Schaffung weiterer Diensträume im Rathaus bzw. Spitzengasse. Gen. Hartmann gibt der Erhaltung Ausdruck, daß die Gemeindevorstellung, entsprechend dem Bedarf der vorliegenden Gemeindevorstellung, in der jetzigen Fassung weitergeleitet werden, bis die Entscheidung der Regierung über die nachgeforderte Verlegung in die Ortsklasse B eingetroffen ist. Dem Ansuchen mehrerer Einwohner, welche bei der Gemeinde in Arbeit gestanden haben, auf Auszahlung der Beschäftigungsbefähigung konnte nicht nachgegeben werden, da ihr Verhältnis zur Gemeinde die Bewilligung der Beschäftigungsbefähigung nicht rechtfertigt. Der Eingabe des Bauarbeiterverbandes und der Sonnenberger Holzwerker auf Erhebung des Lohnes wird einstimmig zugestimmt und die Entschädigung von 40 Mk. auf das Acker festgesetzt, während für das Acker Zwischholz

40 Mk. gezahlt werden sollen. Für die Kriegesbeschädigten und Kriegesinteressierten wird in der Weise gesorgt werden, daß den Bedürftigen unter ihnen, das sind solche mit einem Einkommen von weniger als 300 Mk. monatlich und einem Vermögen von weniger als 10 000 Mk., unentgeltlich je 8 Zentner Brennholz aus der Gemeinde-Holzschneiderei überwiesen werden. Die weniger Bedürftigen mit einem Vermögen von über 10 000 Mk. daselbst zum halben Preise (3.50 Mk.) erhalten. Die Lieferung erfolgt in zwei Raten, 4 Zentner sofort, der Rest nach Eingang des nächsten Holzes. Nach denselben Grundfragen erfolgt auch die Lieferung mit Kartoffeln; die ganz Bedürftigen erhalten die Kartoffeln zum halben Preise, bzw. 50 Proz. zurückerstattet, die weniger Bedürftigen für 7.50 Mk., oder 75 Prozent zurück. Für die Einwohner, welche auf Zuzahlung von einem Mieter Brennholz, oder entsprechende Belegen reflektieren, werden zu erscheinenden Preisen 300 Raummeter Scheitholz und 6000 Beulen, sowie weitere 1000 Beulen zum Ausgleich bzw. Umlauf aus dem Gemeindevorstand überwiesen. Eine Kommission, bestehend aus den Gemeindevorstellern Frau Maus, Herren Bebel, Winter, Reil, übernimmt die Verteilung. Zur Festlegung der Ausfälle regt Schöffel den Einspruch von 50 Hektaren Eichenholz an. Die Prüfung durch den Gemeindevorstand wird zugesagt. Bei dieser Gelegenheit wird Gen. Pfeiffer beauftragt, die mangelhafte Versorgung des Kreises mit Kartoffeln in den Sitzungen des Kreistages zur Sprache zu bringen. Der Ausschuss, gemäß § 1 der ministeriellen Anordnung vom 9. Dez. 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen, wird nach dem Vorschlag des Gemeindevorstandes gewählt. Ueber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot bringt der Bürgermeister in längeren Ausführungen der Gemeindevorstellung zur Kenntnis, daß sich der Gemeindevorstand schon eingehend mit der Lösung dieser Frage beschäftigt hat und keine Möglichkeit außer acht lassen wird, welche eine Verringerung des Wohnungsmangels bringen kann.

\* **Mühlhausen, 7. Jan. (Vikar Roth und die Sittlichkeit.)** Der Ortsgeistliche, Herr Vikar Roth, weilt fortgesetzt von der Kanzel herunter auf die böse Sozialdemokratie, daß man glaubt, ein Wolfenbruch von Schändlichkeit ergesse sich über den Saal der hohen guten Schächten, die in frommer Erbarkeit über die Rede des Vikars eingestimmt waren. Der Herr Vikar war gar naiv, als er die Behauptung aufstellte, daß dort, wo die Sozialdemokratie herrsche, die Unsitlichkeit am größten sei. Genau, Herr Vikar, die Unsitlichkeit war längst vor der Sozialdemokratie da. 1900 Jahre Christentum konnte dieses böse Zeitbild nicht aus der Welt schaffen. Und als der Merkantilismus im 14. Jahrhundert seine Blütezeit hatte, war die Unsitlichkeit am allerhöchsten entwickelt. Schändlich, schändlich, Herr Vikar, Kirchenfürsten, höchste Kirchenfürsten, waren von dem bösen Ding befallen. Auch heute raunt Frau Kama noch allerhand über die Unsitlichkeit in Mödern und Pfaffen. In katholischen Bezirken ist die Kriminalität der Sittlichkeitsverbrechen am höchsten. Die katholische Universitätsstadt Münster in Westfalen wird allenfalls als die unsittlichste Unversittlichste Deutschlands bezeichnet. Auch soll es sogar schon Geiseln gegeben haben, die wegen Sodomie bestraft wurden, sogar ein aus dem Rheingau gebürtiger Herr soll in diese Gruppe eingetragener. Das Kapitel Sittlichkeit und Sozialismus Herr Vikar, ist interessanter als das Kapitel Sittlichkeit und Sozialdemokratie. Wir warten gelegentlich, wenn wir Raum in der „Volkstimme“ haben, mit einem besonderen Artikel, dieses Gebiet betreffend, auf. Zur Belehrung des Herrn Vikar.

\* **Elbfeld, 9. Jan. Sonntag, 11. d. Mts., nachmittags 2 Uhr,** findet eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei im Restaurant Schwab statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

\* **Lehr a. M., 8. Jan. (Gefahr eines Bergsturzes.)** Zeit wechtern Tagen drohen sich vom „Rolling“ größere verschüttete Felsen, Schieferstein- und Erdmassen loszulösen, wobei ein großer Teil der am Bergesfuß liegenden Häuser der Gefahr einer Verdrückung ausgesetzt ist. etwa 15 Familien müssen deshalb ihre Wohnhäuser verlassen.

## Vereinskalender

Am Sonntag, 11. Januar, hält die Gesangs-Abteilung „Vorwärts“ des Gemeinde- und Arbeiterverbandes im dem Saale des Schwertfischhauses ihr 8. Stiftungsfest verbunden mit Konzert und Tanz, ab. Arbeiter-Gesangsverein „Brüderbund“. Sonntag, 11. Januar, nachmittags 2½ Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Lindig, Wiesbaden. Druck und Verlag: Volkszeitung, G. m. b. H. Mainz. Zuschriften, den Wiesbadener redaktionellen Teil betreffend, sind an Karl Lindig, Mauritiusstr. 5, Zuschriften für Verlag u. Anzeigen an die Geschäftsstelle, Mauritiusstr. 5, zu richten.

## Inserate haben in unserem Blatte besten Erfolg!

Von der Proletariatmutter an vor die Kartoffelkiste, dann brauche auch ich die ärmste so, schickst du mir das und die andere wieder Massag' noch Karlsbad' nur. Loß bald die Gefangene loskomme, aber die ich bevor, daß sie sich erst vorher amüßte, damit sie das Zwangsarbeits erlese. Geb de Männer ihr Häutler un de Mütter auch Chemänner. Geb de Reenjer Weederher Männer zur Ehe un de Reenjer Wäwe treue (aber kü „Treue“). Gue Zigaretten könnte mer auch gebrauche, aber nit zu Baupreise, denn de deische Wald raucht wertlos (schredlich). Geb uns auch geduldige Gläubiger, weil de Gerichtsvollzieher doch nit bei uns hofe kann. Bezeig' uns mitre „drüßlich“ Gesinnung, denn mer wüßche, daß unsere armenen Feinde in de Himmel komme — aber bald. Geb de Heßtroue die Ginstich, daß es immer am beste is, wenn de Chemann die richtig Ansicht hat. Geb uns Friede im Hause, lüne un aufe. Lüne von annere G'schlecht und viel Freid uff de Lebendebot un e selig End — aber noch lang n't! De Krimmelfucher von de Elzbach.

## Humoristisches

Ein Sozialdemokrat. Kürzlich stand ein Braunschweiger Bürger abends kurz nach 10 Uhr auf dem Bürgersteig und rief: „Hanneken! — Hanneken!“ Es dauerte auch nicht lange, da öffnete seine Frau ein Fenster und rief: „Kumm da mid man rup!“ — „Aber ich kann ja nicht, ich hebbe in keinen Luststiel midde!“ Hanneken holt nun den Hauschlüssel und wirft ihn hinunter mit der Wiederholung: „Kum da mid man rup, da fasshe aber wat erlesen!“ — „Ne!“ sagte er da, „seht komme id noch nicht, id wüßte ja bloß den Luststiel hebben!“ und trollte vergnügt von dannen.

Nach der Trauung. „Wer von den beiden Herren ist denn nun der neue Ehemann?“ — „Der traurige. Der lustige ist der Zwiesigerdatter!“

Die Bräutigam. „Prost, Prost! lieber Freund! Wir haben — hup — unter Miquel keine Steuern gezahlt — hup — unter Rheinbaben und Berga — hup — keine Steuern gezahlt — wir haben Grundstücke — hup — und zahlen auch unter Berga keine Steuern!“